# Amtsgericht Bad Homburg v. d. H. Verkündet durch Zustel-

**lung am:**

**Aktenzeichen:** 2 C 1282/13 (28)

# May, Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



* **Im Namen des Volkes Urteil**

In dem Rechtsstreit

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX ,

Prozessbevollmächtigter : Rechtsanwalt Ralf Niehus, Gerbermühlstr. 9, 60594 Frankfurt am Main,

Geschäftszeichen : 111/13N05/n/pr gegen

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX ,

Prozessbevollmächtigte : XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Geschäftszeichen : M 13/00093

hat das Amtsgericht Bad Homburg v. d. H. durch den Richter am Amtsgericht Wolf

im vereinfachten schr iftlichen Verfahren gemäß § 495 a ZPO am 14. Februar 2014 **für Recht erkannt:**

EU\_CU\_01.DOTX Urteil - ZP 14 - Urschrift eines Urteils - 02.07

Klägerin

Beklagter

1/6

## Der Beklagte wird verurteilt , an die Klägerin 433,-- € zuzüglich Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen gesetzlichen Basiszinssatz aus 100,50 € seit dem 3. Januar 2013 , aus weiteren 66,50 € seit dem 2. Februar 2013 sowie aus weiteren 266 ,-- € seit dem 2. März 2013 sowie 70,20 € vorge­ richtliche Kosten zuzüglich Zinsen im Umfang von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen gesetzlichen Basiszinssatz seit dem 13. April 2013 zu zahlen.

1. Die Kosten des Rechtsstreits hat der Beklagte zu tragen.
2. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar .

***E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e :***

Auf die Darstellung eines Tatbestandes wird gemäß den §§ 313 a, 495 a ZPO verzichtet. Die zulässige Klage ist in vollem Umfang begründet.

Der Klägerin steht gegenüber dem Beklagten ein Anspruch auf die Zahlung der geltend ge­ machten 433 ,-- € zu. Dieser Anspruch stützt sich auf den zwischen den Parteien abgeschlos­ senen Geschäftsbesorgungs-Dienstleistungsvertrag (§§ 675 , 611 BGB).

Nach der Überzeugung des Gerichts muss der Beklagte der Klägerin die ausstehenden Nut­ zungsentgelte für den Zeitraum bis einschließlich Juni 2013 zahlen . Eine wirksame außeror­ dentliche Kündigung des Nutzungsvertrages liegt nach der Überzeugung des unterzeichnen­ den Richters nicht vor.

Zunächst geht das Gericht davon aus, dass die abgeschlossene Nutzungsvereinbarung der Parteien in vollem Umfang wirksam ist. Soweit sich der Beklagte in diesem Zusammenhang darauf stützt, die im vorliegenden Fall relevante Vertragsklausel befinde sich auf der Rücksei­ te des Vertragstextes , ist dies nicht durchgreifend . Denn entgegen der Rechtsauffassung des Beklagten geht das Gericht gemäß § 305 BGB von einer wirksamen Einbeziehung der AGB in den Vertrag aus.

Der streitgegenständliche Nutzungsvertrag ist sehr übersichtlich und klar gestaltet. Er enthält auf der Vorderseite des Vertragsformulars lediglich einige wenige, von dem Nutzer zur Kennt­ nis zu nehmende Klauseln. Hierunter befindet sich - und zwar in entsprechender Schriftgröße wie der Rest der Vertragsbedingungen - eine Klausel, die ausdrücklich auf die Rückseite der Vertragsbedingungen Bezug nimmt. Konkret gibt der Nutzer des Fitnessstudios insoweit zu erkennen , die Vertragsbedingungen in vollem Umfang gelesen zu haben. Diese Klausel hat der Beklagte ebenso wie den Rest des Vertrages unterschrieben. Er hat insoweit zu erkennen gegeben, mit den Vertragsbedingungen , welche auf der Rückseite des Vertrags abgedruckt gewesen sind, einverstanden zu sein.

Auch die AGB auf der Rückseite des Vertrags sind klar gegliedert , übersichtlich strukturiert und gut verständlich . Auch insoweit hat der Beklagte auf der Rückseite des Vertrags noch einmal durch seine Unterschrift zu erkennen gegeben, sie zur Kenntnis genommen zu haben. Insoweit kann von einer wirksamen Einbeziehung der AGB in den Vertrag ausgegangen wer­ den.

Eine wirksame außerordentliche Kündigung des Nutzungsvertrages liegt nicht vor. Zum einen hat der Beklagte selbst im Rahmen seines Kündigungsschreibens vom 25. Oktober 2012 (An­ lage B 2 zur Klageerwiderung , BI. 23 d. A.) lediglich pauschal und allgemein auf „gesundheitli­ che und wirtschaftliche Gründe" Bezug genommen . Hinsichtlich der von ihm angesprochenen gesundheitlichen Gründe hat er die Diagnose eines „Tennisarms " herangezogen. Ein solches orthopädisches Leiden des Beklagten berechtigt nicht zur Kündigung des Nutzungsvertrags . Denn es fehlt jeglicher konkrete Vortrag des Beklagten, zu welchem Zeitpunkt er von der ihn belastenden Diagnose erfahren haben will. Dementsprechend bescheinigt der Orthopäde Pretzsch dem Beklagten auch nur, dass er „infolge eines chronischen orthopädischen Lei­ dens" keinen Sport mehr betreiben dürfe. Seit wann der Beklagte welche genaue ärztliche Diagnose erfahren haben will, erschließt sich dem Gericht nicht.

Ein solches wäre aber im vorliegenden Falle deshalb von Bedeutung gewesen , weil der Nut­ zungsvertrag mit der Klägerin erst Ende Juni des Jahres 2012 abgeschlossen worden ist. Be­ rücksichtigt man, dass der Vertrag gerade einmal vier Monate lief, kann der bloße Vortrag des Beklagten, aufgrund eines „Tennisarms" sei es ihm nicht mehr möglich, die Einrichtungen der Klägerin zu nutzen, nicht genügen. Es ist nicht einmal ersichtlich , dass die entsprechende Diagnose nicht Grund der Aufnahme des Beklagten im Fitnessstudio der Klägerin war. Hierfür spricht insbesondere die Formulierung im ärztlichen Attest, wonach der Beklagte aufgrur:id eines „chronischen orthopädischen Leidens" in Behandlung sei.

Auch der nicht näher spezifizierte Vortrag des Beklagten, es bestehe absolutes Sportverbot, kann nicht genügen. Denn ein modernes Fitnessstudio verfügt über zahlreiche Nutzungsmög­ lichkeiten, wie z. B. den Umstand, dass die Sauna oder ein Solarium in Anspruch genommen werden können. Insoweit kann allein der bloße Vortrag, es bestehe absolutes Sportverbot , für eine außerordentliche Kündigung des Mitgliedsvertrages nicht genügen.

Hinzu kommt, das die Klägerin den entsprechenden Vortrag des Beklagten ausdrücklich be­ stritten hat. Die behaupteten gesundheitlichen Beeinträchtigungen hat die Klägerin bestritten. Insoweit wäre es Aufgabe des Beklagten gewesen , seinen Vortrag unter Beweis zu stellen . Dies ist trotz zweier Schriftsätze, die der Beklagte im Laufe des Rechtsstreits abgab, nicht geschehen. In keinem der beiden Schriftsätze hat der Beklagte die behaupteten gesundheitli­ chen Beeinträchtigungen unter Beweis gestellt , nicht einmal durch die Vernehmung des be­ handelnden Arztes Pxxxxxxx. Solches kann nicht genügen.

Der Forderung der Klägerin, die restlichen Mitgliedsbeiträge zu zahlen , steht auch nicht der Umstand entgegen, dass der Mitgliedsausweis des Beklagten zurückgereicht worden sei. Denn abgesehen davon, dass die Klägerin den entsprechenden Vortrag des Beklagten wiede­ rum ausdrücklich bestritt, ist gar nicht erkennbar , inwieweit der Mitgliedsausweis die einzige Möglichkeit zur Nutzung der Einrichtungen der Klägerin ist. Die Klägerin selbst hat nämlich ausdrücklich vorgetragen, dass es möglich sei, Einrichtungen auch ohne einen entsprechen­ den Mitgliedsausweis zu nutzen (vgl. den Vortrag im Schriftsatz vom 25. Juni 2013 , Seite 3, BI. 29 d. A.). Insoweit kann es im vorliegenden Falle dahinstehen , ob der Beklagte seinen Mit­ gliedsausweis zurückgereicht hat oder nicht. Denn selbst wenn dies der Fall gewesen sein sollte, steht dies der Forderung der Klägerin, die restlichen Mitgliedsbeiträge zu zahlen , nicht entgegen .

Zusammenfassend muss der Beklagte die Beiträge bis einschließlich Juni 2013 zahlen. Die Forderung der Klägerin schließt auch die Zahlung der halbjährlichen Wartungspausche im Umfang von 34,-- € mit ein. Diese ist im Vertrag drucktechnisch hervorgehoben und wirksam vereinbart . Unter Berücksichtigung der halbjährlichen Wartungspauschale im Umfang von 34,­

- € und unter weiterer Berücksichtigung des Umstands, dass sich das zu zahlende Nutzungs­ entgelt ab Januar 2013 auf jeweils 66,50 € monatlich erhöhte, schuldet der Beklagte die mit der Klagebegründung geltend gemachten 433,-- €.

Der ausgeurte ilte Zinsanspruch folgt in der Höhe des gesetzlichen Zinssatzes aus dem Ge­ sichtspunkt des Verzugsschadensersatzes (§§ 280 , 286 , 288 BGB). Gemäß der Vertragsbe­ dingungen der Klägerin befand sich der Beklagte mit der Zahlung der jeweiligen Beiträge ab dem Ersten eines jeden Kalendermonats in Verzug. Da er im März 2013 bereits zwei Monats­ raten nicht zahlte, bestand zum damaligen Zeitpunkt Verzug mit der Zahlung des Nutzungs­ entgelts für zwei Monate, so dass das gesamte noch ausstehende Entgelt für die restliche Vertragslaufzeit ab März 2013 fällig und zu zahlen war .

Ebenfalls unter Verzugsgesichtspunkten muss der Beklagte der Klägerin vorgerichtliche An­ waltskosten erstatten . Denn unstreitig haben die Prozessbevollmächtigten der Klägerin die geltend gemachte Forderung am 4. März 2013 noch einmal angemahnt. Da zum damaligen Zeitpunkt die gesamte Forderung schon fällig war , stehen der Klägerin die übliche Geschäfts­ gebühr im Umfang von 1,3 zuzüglich der Auslagenpauschale zu. Insoweit schuldet der Be­ klagte der Klägerin vorgerichtliche Anwaltskosten in der Höhe von 70,20 €.

Der entsprechende Zinsanspruch folgt als Rechtshängigkeitszins aus den §§ 288, 291 BGB.

Die Kostenentscheidung zu Lasten des Beklagten stützt sich auf § 91 Abs . 1 ZPO.

Rechtsgrundlage der Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit sind die §§ 708 Ziffer 11, 711 und 713 ZPO. Denn das Gericht hat im Hinblick auf den geringen Streitwert keine Veran­ lassung gesehen, ein Rechtsmittel gegen dieses Urteil zuzulassen .

Wolf

Richter am Amtsgericht

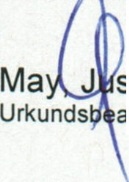
**Ausgefertigt** .;\CMS*u*



.i)>

Bad mburg v. d. H., 24.02.2014 " *p* Q

-/.... ,,..- . '

*{ .\_ .:* ·· .

stizangestellte *{* „ • • .,.. • *.Y"* ?­

amtintUrkundsbeamter der Geschäftsst le ctEis' iAmt erichs o„

*!$>* •;, '·• 0::,.,

S'I

*I*

*i..Jl,t*

'

,---...